

Forderungen der Klima-Allianz an die Koalitionsverhandlungen

Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen: der Abwendung eines unbeherrschbaren Klimawandels. Aus umwelt-, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Gründen muss einer ambitionierten Klima- und Energiepolitik in der kommenden Legislaturperiode höchste Priorität eingeräumt werden.

Ambitionierte Ziele zur Abwendung eines unbeherrschbaren Klimawandels:

- **Festlegung auf Reduktionsziele für Treibhausgase**, die den Erkenntnissen der Klimawissenschaft entsprechen:
 - o bis 2020 um mindestens 40% (gegenüber 1990)
 - o bis 2050 um mindestens 80 bis 95%.
- **Maßnahmen zur Erreichung dieser Reduktionsziele:**
 - o die gesetzliche Verankerung dieser Ziele
 - o die Nachbesserungen der bestehenden „Klimapakete 1 und 2“
 - o ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke
- **Reduktion der Treibhausgase in Deutschland** und nicht mittels Projekten im Ausland (Clean-Development-Mechanism).
- **Erhöhung des Reduktionsziels der Europäischen Union** auf mindestens 30% bis 2020.
- **Abbau klimaschädlicher Subventionen**
- **Verabschiedung eines Energieeffizienzgesetzes**, das nicht auf Freiwilligkeit sondern auf verpflichtenden Vorgaben für die Industrie basiert.

Ehrgieuzige Fortführung der Energiewende:

- **Beibehaltung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz** in seiner jetzigen Form, inklusive der vorrangigen Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien ins Stromnetz.
- **Keine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken**. Sie würden neben den Sicherheitsrisiken den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend schwächen.
- **Kein Neubau von Kohlekraftwerken**. Aufgrund der hohen spezifischen Emissionen und einer durchschnittlichen Laufzeit von 40-50 Jahren untergraben neue Kohlekraftwerke die Klimaziele. Zusätzlich spitzen sie den Systemkonflikt zwischen unflexiblen Großkraftwerken und Erneuerbaren Energien weiter zu.

Substantielle internationale finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer:

- **Finanzielle Unterstützung der Entwicklungsländer** mit etwa. 7 Mrd. Euro pro Jahr ab 2013. Bereitstellung durch verpflichtende und verlässliche Finanzierungsmechanismen sowie durch Erlöse aus dem internationalen Flug- und Schiffsverkehr.
- **Zusätzliche Bereitstellung dieser Finanzen** zur Entwicklungshilfe, damit entwicklungspolitische Kernaufgaben weiterhin vorgenommen werden können.

Institutioneller Erhalt von BMU und BMZ

- **Erhaltung der gegenwärtigen Ministerien-Struktur** für die Bereiche Umwelt- und Entwicklungspolitik
- **Sicherstellung der größtmöglichen Kohärenz** zwischen BMU und BMZ.

Führungsrolle bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen

- **Rückkehr zu einer aktiven Führungsrolle** Deutschlands in den Klimaverhandlungen.
- **Teilnahme der Bundeskanzlerin am Klimagipfel** in Kopenhagen.